

DIE SPRACHENPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION UND DER BREXIT

*Domagoj Marić**

Ministarstvo vanjskih i europskih poslova, Zagreb

Ziel der Arbeit ist es zu erforschen, welche Folgen die Entscheidung der britischen Bevölkerung über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU auf die Sprachenpolitik der EU haben könnte, insbesondere die entscheidende Rolle des Englischen in formeller und informeller Kommunikation innerhalb der europäischen Institutionen. In der Arbeit werden die europäische Sprachenpolitik als solche und Aspekte der aktuellen europäischen Sprachenpolitik (Identität, Demokratisierung, Klarheit, finanzielle Folgen) in Betracht gezogen, mit besonderem Bezug auf die Frage, wie diejenigen Aspekte die Sprachenpolitik der EU ohne Großbritannien gestaltet werden können. In der Untersuchung werden ebenfalls bestimmte sprachpolitische Punkte des langen und komplizierten Weges von den Anfängen der europäischen Integration beleuchtet: Dies bezieht sich vor allem auf den europäischen sprachpolitischen Aspekt vor 1973, sprich vor dem britischen Beitritt in die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Schlüsselwörter: Sprachenpolitik, Mehrsprachigkeit, Europäische Union, Brexit

1. EINLEITUNG

Die Entscheidung der britischen Bevölkerung über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union wurde im Rahmen des am 23. Juni 2016 stattgefundenen Referendums mit einer Mehrheit von 51,9 vs. 48,1 Prozent getroffen. Unabhängig davon, wann und unter welchen Bedingungen die Entscheidung des britischen Volkes implementiert wird, war sofort nach dem Referendum klar, dass die Entscheidung über den britischen Austritt aus der Europäischen Union einen großen Einfluss nicht nur auf Großbritannien sondern auch auf die gesamte EU ausüben wird. Die Folgen

* domagoj_maric@yahoo.co.uk

des britischen Austritts sind auf mehreren Ebenen zu erkennen: Unter anderem geht es um die Finanz-, Sicherheits-, Haushalts- und Institutionsebene.

In unserem täglichen Leben, aber auch im Alltag und in der Arbeitsweise der EU, gibt es Themen, über die nicht viel diskutiert wird, aber sobald es zu bestimmten Versuchen kommt, irgendetwas in der diskutierten Frage zu ändern, erkennen wir aufgrund Reaktionen, wie wichtig diese Themen sind. Man könnte sagen, dass die Sprachenpolitik der Europäischen Union, wenn sie überhaupt existiert, eine von ihnen ist. Ganz am Anfang der Arbeit muss die folgende grundlegende Frage gestellt werden: Gibt es überhaupt eine Sprachenpolitik der Europäischen Union? Von einer Reihe gemeinsamer Politiken spricht man ohne Hemmungen: Es ist allgemein bekannt, dass die EU eine gemeinsame Agrarpolitik oder Verteidigungspolitik hat. Ein wichtiges Merkmal zahlreicher gemeinsamer Politiken der EU stellt die Tatsache dar, dass sich ein klarer Ausgangspunkt bzw. Entstehungsjahr für alle von ihnen erkennen lässt. Das Gleiche gilt aber nicht für die Sprachenpolitik: Nach der Beratung aller bei der Untersuchung zur Kenntnis genommenen bibliographischen Einheiten wurde die Frage von einem formalen Beginn der Sprachenpolitik nicht beantwortet.

Eine komplizierte sprachliche Situation mit 24 Amtssprachen ist das Ergebnis einer langen Entwicklung und es wäre unmöglich, die gegenwärtige und künftige Situation zu erforschen, ohne die Gründe in der Vergangenheit zu suchen. Bei der Untersuchung war es nötig, einen wichtigen Schritt auf diesem komplizierten Weg zu 24 Amtssprachen zu erforschen – nämlich den britischen EU-Beitritt in die Europäische Gemeinschaft im Jahre 1973 und zwar nicht nur in Bezug auf die rechtlichen Schritte, sondern auch die soziolinguistischen Folgen der ersten EU-Erweiterung. Um sich vorzustellen, wie eine Europäische Union nach der Durchführung vom Brexit aussehen wird, ist es nötig, sich zu erinnern, dass es schon eine Europäische Gemeinschaft ohne Großbritannien gab.

Im ersten Kapitel der Arbeit (*Sprachenpolitik der Europäischen Union – europäische Sprachenpolitik*) wird auf die Grundfrage der Existenz der Sprachenpolitik und ihre Grundfunktionen zurückgegriffen. Im zweiten Teil dieses Kapitels werden mögliche Akteure der europäischen Sprachenpolitik analysiert (wobei der Europarat eine große Rolle spielt und als einer der Hauptfaktoren in Betracht gezogen werden könnte), während am Kapitelende die Sprachenpolitik der EU mit der Rolle der Sprachen mehrerer anderer internationaler Organisationen verglichen wird, da die Europäische Union letztendlich nur eine internationale Organisation ist.

Die Absicht des folgenden Kapitels (*Englisch oder 24 offizielle Sprachen? Bedeutung der Sprachenpolitik*) ist, nicht nur die Rolle der Sprachen in der multikulturellen und multiethnischen Union und eine allgemeine Haltung gegenüber Amtssprachen zu erklären, sondern eventuelle Folgen des britischen Austritts in genannten Kategorien zu erörtern: in diesem Zusammenhang sind vier Begriffe von großer Bedeutung: Identität, Demokratisierung, Klarheit sowie finanzielle Folgen der europäischen Mehrsprachigkeit.

Die Sprache ist eines der wichtigsten Merkmale der persönlichen und kollektiven Identität. Ahrens (2003: 9) erinnert daran, dass die Sprachproblematik neben der Religion zu den wichtigsten Konstituenten der ethnischen Identität sowie zur Heimatgebundenheit der einzelnen Menschen zählt. Da die ursprüngliche europäische Integration auf der Wirtschaftsebene immer mehr Ansätze zur Politikintegration gezeigt hat (Hrbek, 2008: 121), spielte die Frage der Demokratie und der Demokratisierungsprozesse eine bedeutende Rolle. Die Urväter der europäischen Integration waren sich der Notwendigkeit, die Gleichstellung aller Mitgliedstaaten zu gewährleisten, bewusst (ibid, 119). Schließlich folgen einige Worte über die Übersetzungsprobleme, als eine Folge des Prinzips der Mehrsprachigkeit und des komplizierten Systems in den Institutionen der Europäischen Union.

Der Gegenstand des letzten Kapitels (*Schlussbetrachtung - Wie geht es weiter?*) ist die zukünftige Entwicklung der Sprachenpolitik der EU.

2. UNTERSUCHUNG

2.1. Sprachenpolitik der Europäischen Union – europäische Sprachenpolitik

2.1.1. Was ist Sprachenpolitik?

Die Frage der Sprachen, und im breiteren politischen Sinne auch der Sprachenpolitik, gehören zu Themen, die im EU-Diskurs nicht zu vermeiden sind. Viel mehr als nur ein technisches Medium der verbalen Kommunikation ist die Sprache mit unserer Wahrnehmung und Interpretation der Welt, unserer Identität, Selbstaussdruck und dem Ausdruck unserer Kultur und Werten verbunden (Vlaeminck, 2003: 36). Daher ist die Frage nach der Position jeder einzelnen Sprache in einer mehrsprachigen Gemeinschaft von hochsensibler Natur und großer Bedeutung für die Bürger.

Die Anerkennung aller Sprachen der Mitgliedsstaaten als Amts- und in einigen Fällen Arbeitssprachen war die Folge des politischen Willens, den Mangel an sprachlicher Einheit und Kommunikation zwischen den Bürgern zu vermeiden. Die Tatsache, dass die Sprachenpolitik in den allgemeinen politischen Prinzipien sehr oft verborgen und in jeder organisierten und

literarisierten Gesellschaft vorhanden ist, führt zur Schlussfolgerung, dass jeder Nationalstaat seine eigene Sprachenpolitik hat, was die sprachpolitische Problematik viel älter als die sprachliche Komplexität der EU macht.

Manz (2002: 40) definiert die Sprachenpolitik ganz allgemein als Haltung eines Staates oder auch einer supranationalen Gemeinschaft gegenüber ihren Sprachgemeinschaften. Witt (2001: 23) unterscheidet die Sprachenpolitik, die sich auf mehrere Sprachen bezieht, von der Sprachpolitik, die Bezug auf eine einzige Sprache nimmt. Wu (2005: 17) identifiziert die Sprachenpolitik mit dem Sprachenregime, das er als ein dauerhaftes, festgeschriebenes Regelwerk über Prinzipien, Normen und Prozeduren, das dem Zweck der sprachpolitischen Steuerung dient, definiert. Als traditionelle Prinzipien der Sprachenpolitik bezeichnet Haarmann (1991: 103) 1. Regulierung der Sprachen, 2. ihres Status und 3. sozialer Funktionen auf nationaler Ebene. In seinem Werk hebt Haarmann im Kontext der Sprachenpolitik besonders die Unterscheidung zwischen *language politics* und *language policy* hervor:

„*Language politics* beinhaltet die Ideen und den konzeptionellen Rahmen der geplanten Regulierung, während *language policies* solche Ideen umsetzen. Die Wirksamkeit politischer Implementierungen hängt in Bezug auf Sprachen stark von der Autorität der Institutionen ab, die *language politics* kontrollieren können. Innerhalb der Grenzen der EG gilt das nur für die politischen Organe einzelner Staaten.“¹ (ibid, 103).

Language politics zeigt dieser Aussage nach die politische Einstellung zu einzelnen Sprachen in einer multilingualen Gesellschaft (z. B. relative oder absolute Einsprachigkeit bzw. Mehrsprachigkeit), was durch bestimmte *language policies* (z. B. die Gründung des Übersetzungszentrums *Translation Centre for the Bodies of the European Union*) implementiert wird. Der mehrsprachige bürokratische Apparat der EU bringt alle Nationen in Praxis zusammen, weswegen er als bedeutende Errungenschaft der Eurointegration angesehen wird. Walter Hallstein (1901 - 1982), der erste Präsident der Europäischen Kommission, erklärte:

„Dass die Europäer nicht eine Sprache sprechen, kann uns nicht stören. Die Schweiz liefert uns das klassische Beispiel dafür, dass sprachliche

¹ „*Language politics* incorporates the ideas and conceptual framework of the envisaged regulation, while *language policies* implement such ideas. The effectiveness of political implementations relating to languages strongly depends on the authority of the institutions, which can control *language politics*. Within the borders of the EC this is only true for the political body of individual states.“

Vielfalt nicht begrenzt, sondern bereichert, und wir wünschen unseren belgischen Freunden, dass sie bald als ein zweites Beispiel angeführt werden können. Die Mehrzahl der Sprachen ist kein Hemmnis, sondern ein Ansporn. Die Erfahrungen mit unseren europäischen Beamten in Brüssel und in den gemeinsamen Forschungszentren von Euratom beweisen es.“ (Coulmas, 1991: 2).

2.1.2. Akteure der europäischen Sprachenpolitik

Neben dem Begriff *die Sprachenpolitik der EU* kann man auch von der *europäischen Sprachenpolitik* als einem Oberbegriff reden. Im Unterschied zur Sprachenpolitik der EU wird die europäische Sprachenpolitik von drei Exponenten bzw. Akteuren (Mitgliedstaaten, EU und weitere europäische Organisationen z. B. Europarat) gestaltet.

Die Mitgliedstaaten spielen immer noch die größte Rolle bei der Gestaltung der europäischen Sprachenpolitik. Obwohl die EU den europäischen Bürgern vorschlägt, zusätzlich zu ihrer Muttersprache zwei Fremdsprachen zu beherrschen und dadurch das Prinzip des lebenslangen Lernens durchzuführen, sind nur Mitgliedstaaten in der Lage, dieses Ziel zu stimulieren und zwar durch ihre nationale Bildungspolitik. Es ist nicht zu vergessen, dass die Mitgliedstaaten immer noch die Souveränität im Bereich der Bildungspolitik haben. Von der engen Verbindung zwischen Subsidiarität und Bildungspolitik zeugt eine Reihe von föderativen Staaten (z. B. Deutschland und Österreich), in denen die Bildungspolitik als Zuständigkeit der föderalen Einheiten (Bundesländer) anerkannt wird. Vergleicht und analysiert man das Alter der Akteure, die als mögliche Marktführer in der europäischen Sprachenpolitik angesehen werden könnten, sind die Mitgliedstaaten auf jeden Fall am ältesten.

Der Europarat könnte mit guten Gründen als Hauptakteur der europäischen Sprachenpolitik in Betracht gezogen werden, vor allem wegen seiner zahlreichen Sprachprojekte, die diese Institution seit Beginn ihres Bestehens erstellt und unterstützt. Eine wegweisende Leistung des Europarats im Kontext von Sprachevaluierung ist sicherlich Der Gemeinsame europäische Referenzrahmen für Sprachen (GER)², geschaffen 2001 mit dem Ziel der Etablierung von klaren Standards im Spracherwerb und in der Sprachbewertung. Der Unterschied in Beziehungen zwischen der EU und dem Europarat gegenüber den Mitgliedstaaten ist äußerst interessant: Im Gegensatz zur EU legt der Europarat großen Wert darauf, in die Entscheidungsfindung der Mitgliedstaaten nicht einzugreifen, was in der

²<http://www.europaeischer-referenzrahmen.de/> (1.10.2016)

Standardterminologie des Europarates sehr offensichtlich ist – anstelle von *fragt* und *trägt auf* leitet der Rat Begriffe wie *schlägt vor*, *empfiehlt*, *verweist auf* etwas usw. ein (vgl. Bliesener, 2003: 84). Schließlich ist der Europarat nichts anderes als eine freie Assoziation unabhängiger Staaten, ohne Absicht eine politische Union zu werden. Ein weiterer Unterschied zwischen dem Europarat und der EU ist der Haushalt – wie oft gesagt, der Rat hat das *Know-how* und die Europäische Union hat das Geld (ibid, 84).

Die EU und der Europarat sind verpflichtet, miteinander zusammenzuarbeiten, was zu einer mehr oder weniger kohärenten Sprachenpolitik beider Behörden führt. Ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist das Europäische Jahr der Sprachen 2001, das ursprünglich eine Idee des Europarates war, die im Rahmen der Innsbrucker Konferenz im Jahre 1999 vorgelegt wurde³. Der Rat selbst war jedoch nicht in der Lage, die Idee zu realisieren und hat der EU eine Zusammenarbeit vorgeschlagen. Die Bedingung der EU war, das Projekt nur auf Amtssprachen der EU zu begrenzen, was der Europarat zuerst nicht akzeptiert hat. Das Ergebnis dieser Meinungsverschiedenheit bzw. die Kompromisslösung, im Projekt die Amtssprachen der EU und gewisse damalige non-EU Sprachen hinzuzufügen, ist ein gutes Beispiel der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und der EU.

Die Europäische Union ist der dritte Akteur, der die Sprachenpolitik in Europa prägt – nicht ausgeschlossen von den ersten beiden Akteuren. Die ersten europäischen Entscheidungen, in denen die Sprachenpolitik zu erkennen war, hatten keinen großen Einfluss auf den durchschnittlichen Bürger ausgeübt: Es handelte sich eher um das Prinzip der Demokratisierung einer neu gegründeten internationalen Organisation. Erst später, als in den 70er und 80er Jahren die Richtlinien der gemeinsamen Bildungspolitik entwickelt wurden, war der Einfluss der gemeinsamen Institutionen wesentlich stärker.

2.1.3. Sprachenpolitik ausgewählter internationaler Organisationen

Um besser zu verstehen, was die sprachliche Originalität der Union ausmacht, wäre es nötig, die Sprachenpolitik bestimmter internationaler Organisationen zu betrachten.

Die Vereinten Nationen sind eine internationale Organisation mit 193 Mitgliedern und nur sechs Amtssprachen - Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Alle offiziellen Dokumente werden in sechs Amtssprachen zur Verfügung gestellt: Falls ein Vertreter eines

³ Die Konferenz fand zwischen 10. und 12. Mai 1999 in Innsbruck statt (vgl. Bliesener, 2003: 84 – 85).

Mitgliedstaates bei offiziellen Treffen eine nicht offizielle Sprache verwendet, soll er ein Dolmetscher-Service aus seiner Muttersprache in eine der sechs offiziellen Sprachen besorgen.

Im Bericht über die Mehrsprachigkeit vom Jahr 2001 betonte der Generalsekretär Kofi Annan den Einfluss unterschiedlicher Sprachen auf die tägliche Arbeit der Vereinten Nationen: Englisch hat eine dominante Rolle bei der Kommunikation in der Zentrale der Vereinten Nationen in New York und in den Büros in Nairobi. Das Gleiche gilt für Französisch bei den Vereinten Nationen in Genf, für Spanisch in der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik in Santiago, Chile, und für Arabisch an der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien in Beirut. Dennoch, nach der Beurteilung von Boutros Boutros-Ghali, dem Generalsekretär der Internationalen Organisation der Frankophonie zwischen 1997 und 2002, verwendet die Mehrheit der Mitarbeiter der Vereinten Nationen, darunter französische Beamten, meist Englisch in ihrer Arbeit (Boutros-Ghali, 2002). Die meisten Dokumente werden zunächst in englischer Sprache geschrieben und danach in andere Sprachen übersetzt. Aus diesem Grund hat die Generalversammlung im Jahr 1981 den Grundsatz angenommen, dass alle Dokumente gleichzeitig in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden müssen. Diese Regel wird leider nicht immer eingehalten: Fast alle Entwürfe von Beschlüssen sind nur in englischer Sprache verfasst und dienen als Grundlage für die Verhandlungen (ibid, 25).

In der Generalversammlung stieg die Zahl der englischsprechenden Delegationen in weniger als zehn Jahren von 74 im Jahr 1992 auf 97 im Jahr 2000, während die Zahl der Französisch sprechenden Delegationen von 31 auf 21 im gleichen Zeitraum zurückgegangen ist (ibid, 26). Der wachsende Einfluss der englischen Sprache auf andere Sprachen wird in der Praxis der genannten Organisationen auch in vielen informellen Treffen bewiesen.

Internationaler Währungsfonds, der 185 Mitglieder vereint⁴, hat seine Sprachregelung nicht offiziell festgelegt – in der Praxis hat sich Englisch als Amts- und Arbeitssprache etabliert. Die Organe der Welthandelsorganisation (WTO) arbeiten in drei Sprachen: Englisch, Spanisch und Französisch. Ihre Struktur ist mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa⁵ (OSZE) vergleichbar, die alle Konferenzen in sechs Sprachen (Englisch, Französisch, Deutsch, Spanisch, Italienisch und Russisch) organisiert.

⁴ <http://www.imf.org/external/index.htm> (1.10.2016).

⁵ <http://www.osce.org/> (1.10.2016).

Sehr vage Sprachregulation bringen die Gründungsakte der Afrikanischen Union, und zwar im Artikel 25: „Die Arbeitssprachen der Union und aller ihren Institutionen sind, wenn möglich, afrikanische Sprachen, Arabisch, Englisch, Französisch und Portugiesisch“⁶. Der bereits erwähnte im Jahre 1949 gegründete Europarat hat zwei Amtssprachen: Englisch und Französisch. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat Englisch und Französisch als Amtssprachen angenommen, während alle Dokumente der im Jahr 1949 unterzeichneten Organisation des Nordatlantikvertrags in englischer und französischer Sprache verfasst sind⁷.

Die Mehrzahl der genannten Organisationen verfügen über wesentlich geringere Funktionen, Befugnisse und Mittel im Vergleich zur EU. Normalerweise ist ihr Status auf Erlass von Beschlüssen oder Empfehlungen, oft ohne rechtliche Bedeutung für die Mitgliedstaaten, begrenzt. Die Entscheidungen der genannten Organisationen müssen noch von den nationalen Parlamenten ratifiziert und in den Amtsblättern der Unterzeichnerstaaten veröffentlicht werden, um in jedem Staat obligatorisch zu werden.

Warum die Europäische Union beschlossen hat, so viele Amts- und Arbeitssprachen zu akzeptieren, und wie es nach dem Brexit aussehen könnte, wird in den folgenden Kapiteln beantwortet. Die Mehrsprachigkeit als Grundprinzip der Union ermöglicht zwei Ansätze, die in den vorher erwähnten internationalen Organisationen geringere Bedeutung haben. Die Mehrsprachigkeit als Prinzip öffnet den Weg zur Integration auf zwei Ebenen: auf juristischer und politischer Ebene. Als eine Organisation, die souveräne Staaten integriert, wird die EU auf einer viel tieferen Integrationsebene als andere Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit (wie WTO aber auch Europarat) gegründet, und in diesem Sinne, mit oben genannten Organisationen schwer vergleichbar.

2.2. Englisch oder 24 offizielle Sprachen? Bedeutung der Sprachenpolitik

2.2.1. Identität

Als Hauptmerkmale der Identität können Komplexität und Vielfältigkeit genannt werden. Unsere Identität bezieht sich auf mehrere geografische Ebenen (Stadt, Region, Land, supranationale Einheit) und keine dieser Identitäten schließt eine andere aus. Obwohl oft behauptet wird, dass die Globalisierung eine große Bedrohung für die nationale Identität darstellt

⁶ http://www.au.int/en/about/constitutive_act (1.10.2016).

⁷ http://www.nato.int/cps/en/natohq/nato_countries.htm (1.10.2016).

(vgl. Seebauer, 2007: 11), zeigen uns die Ergebnisse des Eurobarometers, dass sich die nationale Identität in der EU nicht von der möglichen Dominanz der europäischen Identität fürchten soll. Beim Vergleich mehrerer Ergebnisse der Eurobarometer Forschungen kam Renate Seebauer zu dem Schluss, dass nationale Identitäten immer noch am stärksten sind:

„Auch zur Klärung der Frage nach der ‚europäischen Identität‘ können die Eurobarometer Ergebnisse herangezogen werden: Fast die Hälfte der Befragten fühlt sich auch in naher Zukunft nur der eigenen Nationalität verbunden; eine europäische Identität gekoppelt mit einer nationalen Identität können sich 42% der Befragten vorstellen. Eine in erster Linie europäische oder ausschließlich europäische Zugehörigkeit kommt insgesamt nur für 10% in Frage. So ist es unübersehbar, dass die ‚nationale Identität‘ eindeutig stärker ist und die ‚europäische Identität‘ für die meisten allenfalls als Zweitidentität vorstellbar erscheint.“ (ibid, 11)

Einerseits gibt es keine Gefahr, dass supranationale Identität eines Tages vollständig die nationale ersetzen wird. Andererseits stellt sich die Frage, warum die Europäer so sehr auf jeder ihrer Muttersprachen beharren? Neben der Komponente der eignen Identität, muss betont werden, dass es keine gemeinsame europäische Sprache gibt, die ihre Sprachen ersetzen könnte, sondern nur andere, oft als Bedrohung angesehene Landessprachen. Es geht um große europäische Sprachen – Deutsch, Französisch und, vor allem, Englisch.

Im Kontext der EU darf nicht vergessen werden, dass die einzelnen Mitgliedstaaten eine starke Bedeutung in der europäischen und allgemeinen Geistesgeschichte haben, wobei einzelne Sprachen wie Englisch oder Französisch eine dominante Rolle hatten. *Lingua franca* der Neuzeit war Französisch, bis zur Aufklärung, als Herders Theorie von Sprachen als Nationalschätze im Großen und Ganzen akzeptiert wurde. Ähnlich wie Herder reagierte Leibnitz, der die Französisch sprechenden Intellektuellen des 18. Jahrhunderts aufgefordert hatte, ihre eigene Muttersprache nicht zu vernachlässigen (Coulmas, 1991: 18).

Obwohl die englische Sprache in diesem Sinne nach dem Brexit keine politische Gefahr darstellen wird, und als eine gemeinsame Fremdsprache verwendet werden könnte, ohne eine von in der Union existierenden Nationen bzw. Identitäten aufzudrängen, ist wegen des identitären Charakters eigener Sprachen und schon etablierter Praxis in den Institutionen schwer

vorstellbar, dass das Englische als einzelne Sprache einer EU ohne Großbritannien fungieren könnte.

Noch eine Sprache, die zugleich als eine gemeinsame europäische Sprache und von keiner Nation zu sehen ist, ist Esperanto. Die vom polnischen Augenarzt Lejzer Ludwik Zamenhof am Ende des 19. Jahrhunderts erstellte Sprache ist der einzige Kandidat mit guten Aussichten auf Erfolg. Einer der größten Vorteile dieser Sprache ist, dass sie keine Muttersprache einer Nation bzw. eine Fremdsprache aller EU-Staatsbürger ist. Doch wäre es nicht realistisch zu erwarten, dass Esperanto in der Zukunft als eine (einzige) offizielle bzw. Amtssprache auf europäischer Ebene fungieren würde. Neben einem Mangel an Interesse für Esperanto bei europäischen Staatsbürgern und Institutionen, soll man die Schwierigkeiten beim Lernprozess einer neuen Sprache, die zugleich allen Staatsbürgern eine Fremdsprache ist, nicht vergessen (vgl. Wilss, 2002: 165).

2.2.2. *Demokratisierung*

Die Diskussion über das demokratische Prinzip und sein Verhältnis zur Mehrsprachigkeit widerspiegelt sich im bekannten Zitat⁸ vom Kaiser Karl V., das die persönliche Bewertung der Sprachen beinhaltet. Bewertung und Hierarchie von Sprachen werden mit der alten beeinträchtigenden Gewohnheit verbunden, die Kulturen zu bewerten, aber können auch mit lautlichen, morphologischen und semantischen Eindrücken einer Sprache in Beziehung gesetzt werden (besonders interessant sind Vorurteile über die deutsche Sprache, wie z. B. im 1880 veröffentlichten Artikel „Die schreckliche deutsche Sprache“ von Mark Twain, vgl. Burkhardt, 2001: 88).

Obwohl die Europäische Union nichts über die persönliche Wahrnehmung von einzelnen Sprachen tun kann, ist die Integration der Union auf Nichtdiskriminierung einzelner Sprachen basiert. Chancengleichheit wäre zweifelhaft, wenn eine oder mehrere Sprachen das Privileg hatte, als einziges oder privilegiertes Mittel der Kommunikation in der EU zu sein.

Dass die Demokratie auch auf den sprachlichen Prinzipien beruht, zeigt die Devise der EU, die Einheit in der Vielfalt zu erhalten. Die Einheit in der Vielfalt ist aber kein Motto einzelner Mitgliedstaaten: Wird die europäische Sprachenpolitik einzelner Länder betrachtet, kann man beobachten, dass in gewissen Mitgliedstaaten eine Vielzahl der manchmal sogar unerkannten Sprachen gesprochen wird. Diese Vielfalt ist nicht nur sprachlicher, sondern

⁸ „Ich spreche Spanisch mit Gott, Italienisch mit Frauen, Französisch mit Männern und Deutsch mit meinem Pferd“ (Berchem, 2003: 23).

vor allem kultureller Natur und daher von grundlegender Bedeutung für die europäische Identität. Die Gründerväter der Union waren sich der praktischen Gegebenheiten und des kulturellen Imperativs des beschriebenen Zustandes wohl bewusst und gleichzeitig überzeugt, dass die Einheit Europas auf der Vielfalt beruht, denn „diese Vielfalt ist, tatsächlich, das Europa“ (Fenet, 2001: 235).

Neben dem ideologischen Aspekt, nach dem alle Sprachen den gleichen Status genießen sollen, ist es notwendig, die praktische Bedeutung der Mehrsprachigkeit als demokratischen Wert zu erklären. Die Gleichstellung von Sprachen erlaubt einem, sich in seiner Muttersprache auszudrücken, d.h. in der Sprache, die einem den unbestreitbaren und unfehlbaren Ausdruck liefert.

Versucht man sich die demokratischen Konsequenzen der Umsetzung einer Amtssprache (Englischen) auszumalen, kommt man zum Folgenden: Es würde öfters vorkommen, dass nicht-englische die englischen Muttersprachler (nach dem Brexit ginge es z. B. um Abgeordnete zum Europäischen Parlament aus Irland und Malta) vor den Kopf stoßen würden. Eine Art der Überlegenheit der sich in ihrer Muttersprache ausdrückenden Abgeordneten im Vergleich zu anderen wäre die Regel, denn „man sagt, was man sagen kann, und nicht was man sagen will“ (Berchem, 2003: 26).

Insgesamt wäre der Preis im Falle nur einer Amtssprache auf der EU-Ebene sehr hoch: Ein Europaabgeordneter mit durchschnittlichen Englischkenntnissen müsste zur gleichen Zeit mit zwei Problemen umgehen – der Austragung seiner Argumente und zwar in einer Fremdsprache (Roche, 1991: 145). Auf der anderen Seite würden nicht nur Beamte und Abgeordnete aus den einzelnen Mitgliedstaaten Europas, sondern auch die einzelnen Bürger, einen Mangel an Demokratie fühlen. Unter Berücksichtigung, dass 50% heute, und im Jahr 2001 47% der europäischen Bürger älter als 15 keine Fremdsprache sprechen, wäre ihre Kommunikation mit den EU-Institutionen fast unmöglich⁹.

Theo van Els (2003: 45) vertritt die Meinung von der Notwendigkeit, die *institutionelle* Domäne von der *nicht-institutionellen* in der Gleichheit der Sprachen zu unterscheiden. Im Gespräch über die demokratischen Grundsätze, die besagen, dass alle Sprachen den gleichen Status in den Institutionen haben sollten, kann die EU eine Demokratie nur auf institutioneller Ebene garantieren, denn in der inoffiziellen Verwendung werden Beamte und Abgeordnete Sprachen verwenden, in denen sie sich

⁹ http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Foreign_language_learning_statistics (1.10.2016)

gegenseitig verstehen. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, einige EU-Amtssprachen, die traditionell im Bildungssystem als Fremdsprachen nicht unterrichtet werden, als keine Mittel der informellen Kommunikation zu betrachten.

2.2.3. Klarheit

"Wenn die Worte nicht richtig sind, ist was gesagt wird, nicht das, was gemeint war. Wenn das, was gesagt wurde, nicht richtig ist, sind die Werke nicht richtig. Wenn die Werke nicht gedeihen, sind Moral und Künste verdorben. So stellt sicher, dass die Worte richtig sind. Das ist das Allerwichtigste"¹⁰

(Konfuzius, ca. 500 v. Chr., In Berchem 2003: 26).

Die Klarheit ist ein weiterer praktischer Grund für Mehrsprachigkeit als Leitlinie der Europäischen Union. Alle administrativen, legislativen und gerichtlichen Akte werden in alle Amtssprachen übersetzt. Der Begriff der Klarheit ist im Justizbereich besonders wichtig: Eine in mehrere Sprachen übersetzte Verordnung muss genau die gleiche Bedeutung tragen, was im Gegenfall ungleiche Gesetze und Regeln als Folge hätte. Wie Koch (1991: 153) erklärt, ist es kein Wunder, dass die meisten nationaler Gerichtshöfe diese Frage einfach gelöst haben, und in einer Weise, dass meistens nur (eine) nationale Sprache als einzige offizielle akzeptiert und definiert wird. Die Situation wird komplizierter, wenn es um eine internationale Institution wie den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg oder den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg geht. Übrigens, Europäischer Gerichtshof hat nicht die gleichen Amtssprachen wie die EU als Ganzes: Diese Diskrepanz besteht seit dem irischen Beitritt – Irisch wurde nicht als offizielle Sprache der EU anerkannt, aber es war eine der Amtssprachen des EuGH; seit April 2009 können die europäischen Bürger mit EuGH in Katalanisch, Galizisch und Baskisch auch offiziell kommunizieren.

Es ist auch nicht zu vergessen, dass ein Teil der Rechtsakte der EU (Verordnungen bzw. *regulations*) unverzüglich und unmittelbar zu den Rechtsakten einzelner Mitgliedstaaten wird. Darüber hinaus hat jeder Bürger das Recht, sich an jede EU Institution zu wenden und mit einer Antwort in derselben Sprache zu rechnen. Außerdem hat jeder Bürger das Recht auf

¹⁰ "If the words are not right, what is said is not what was meant. If what was said is not right, the works are not right. If the works do not flourish, morals and the arts are corrupted. So make sure that the words are right. That is the most important thing of all"

Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission und zwar in einer Version, die er verstehen kann.

2.2.4. *Übersetzen und Dolmetschen als größte Geldverschwender*

Das Thema dieses Kapitels ist die Folge des sprachpolitischen Hauptprinzips der EU – der Mehrsprachigkeit. Um das Schicksal des Turms von Babel, der wegen Kommunikationsmangel zerstört wurde, im Falle der EU zu vermeiden, mussten die europäischen Institutionen mit einem organisierten und komplizierten System das ungestörte Übersetzen und Dolmetschen ermöglichen.

Aus heutiger Sicht, wenn die EU 40% ihres Verwaltungshaushalts für die Kommunikation zwischen Muttersprachlern der 24 Amtssprachen ausgibt, scheinen Analysen über die „enormen Kosten“, als die Gemeinschaft nur noch sechs oder acht Amtssprachen hatte, lächerlich. Bereits vor 25 Jahren hat Coulmas (1991: 8) behauptet, dass die Europäische Kommission die größten Übersetzungs- und Dolmetscherdienste in der Welt führt, wobei der Gesamtbetrag der Übersetzungsarbeit von Gemeinschaftseinrichtungen bereits 1979 eine Million Seiten pro Jahr übertroffen hatte.

Der Übersetzungsdienst der EU ist der größte in der Welt: Die Kosten der GD sind seit der letzten Erweiterung (2013) 330 Millionen Euro pro Jahr.¹¹ Noch 2006, als die EU 21 Amtssprachen hatte, handelte es sich um 1200 Vollzeitübersetzer, Linguisten und 70 andere-beteiligte Administratoren in Management, Verwaltung, Forschungen und Entwicklung, Kommunikation und Planung: Zusammen haben sie etwa 8% der gesamten Stärke der EU vertreten (vgl. Lüdi, 2007). Der Übersetzungsdienst ist zwischen Brüssel und Luxemburg aufgeteilt und entsprechend den Themen organisiert, wobei jeder Cluster in zwanzig kleinere Einheiten aufgeteilt ist. Die Generaldirektion (GD) Übersetzung, die innerhalb der Europäischen Kommission seit 1951 existiert, engagiert regelmäßig externe Übersetzer aus allen europäischen Ländern. Im Jahr 2002 hat die GD Übersetzung 1.303.240 Seiten produziert, wovon 20% externe Übersetzer gewährleistet haben. Im selben Jahr betragen die Kosten für die Übersetzung 220.000.000 Euro oder 0,58 Euro pro Kopf der Einwohner in der Union (ibid, 143). Diese Summe neigt dazu, Jahr für Jahr erhöht zu werden, da die EU ihre Tätigkeitsbereiche ständig erweitert.

Das Übersetzungszentrum (*Translation Centre for the Bodies of the European Union*, CDT) besteht seit 1994 mit der Hauptaufgabe, die Bedürfnisse der verschiedenen EU Agenturen zu erfüllen. Für etwa 30% der insgesamt 257.000 Seiten jährlich sind freie Übersetzer zuständig. Im Jahr 2002 hatte CDT

¹¹ <http://one-europe.net/translation-in-the-european-union-facts-and-figures> (1.10.2016).

158 Mitarbeiter, von denen etwa sechzig Übersetzer – insgesamt vier bis sechs Übersetzer pro Sprache (ibid, 145). Der Rat der EU verfügt über rund 600 Übersetzer, einschließlich Sprachjuristen (*lawyer-linguists*). Im Jahr 2003 beschäftigte jede der elf Sektionen fünfzig Übersetzer.

Bei dem Gerichtshof hatte die Direktion für Übersetzung 2003 420 Mitarbeiter, darunter 295 Linguisten und 110 juristische Assistenten/-innen und Sekretäre/-innen. Pro Jahr produzierten die Sprachabteilungen über 360.000 Seiten – jede Abteilung ist für eine Sprache zuständig (ibid, 144). Da die meisten dieser Texte von Anwälten geschrieben werden, müssen alle Übersetzer einen Abschluss in Rechtswissenschaften haben.

Da der Übersetzungsprozess nicht nur daraus besteht, das entsprechende Wort zu finden, sondern das richtige Übersetzungswerkzeug zu verwenden, haben die europäischen Übersetzungsdienste eine Reihe von bei der Übersetzung helfenden Arbeitsprogrammen zur Verfügung. Eines der ersten solcher Instrumente war *Eurodicautom*, ein Werkzeug im komplexen Problem der Terminologie. Die zentrale Terminologiedatenbank der EU war zwischen 1975 und 2007 eine der größten Terminologiedatenbanken der Welt. In ihrer Basis gab es mehr als 6,5 Millionen Wörter und 300.000 Abkürzungen. Interessanterweise bestand *Euradicautom* aus Notizen in allen Amtssprachen der EU aber auch in Latein. *Euradicautom* wurde 2007 durch *Inter-Active Terminology for Europe*¹² ersetzt. Um terminologische Missverständnisse zu verringern, wurde von der Europäischen Kommission die Zeitschrift *Terminologie et Traduction* gegründet, die zunächst jährlich, aber heute viermal pro Jahr veröffentlicht wird. Auch diese Änderung in der Ausgabe zeugt von der zunehmenden Rolle der Terminologie- und Übersetzungsprobleme. Das Beispiel für ein Dokumentationsserviceprogramm ist *CELEX*, das EU-Gesetzgebungsverzeichnis, das den vollständigen Text aller Akten in 24 EU-Sprachen enthält, was den Übersetzern auch zur Verfügung steht.¹³

Der großen Zunahme der gemeinsamen Institutionen folgte die Nachfrage nach immer mehr Übersetzern. Um die Übersetzungsteams zu stärken, wurde 1981 *Joint Interpreting and Conference Service* (*Service Commun Interprétation-Conférences*, SCIC) gegründet, als ein für die Auslegung mehrerer Institutionen verantwortlicher Dienst: EK, Rat, ESC, Ausschuss der Regionen, Europäische Investitionsbank und andere EU Agenturen. Im Jahre 1994 engagierte SCIC 450 festangestellte Mitarbeiter, die Dolmetschen für ungefähr fünfzig Sitzungen pro Tag und 11.500 pro Jahr gewährleisteten. Dazu kam

¹² http://iate.europa.eu/SearchByQueryLoad.do?jsessionid=5v2qU3lNM6PkNbJO2cygirkNbU8sgipBVUU_s-RTL0YVtGm0q1U0!565122378?method=load (1.10.2016)

¹³ <http://eur-lex.europa.eu/homepage.html> (1.10.2016)

noch ein Netzwerk von gegen 2000 Freelancern. Im Jahr 2001 betrugen die Kosten von SCIC 105 Millionen Euro, oder 0,28 Euro pro EU-Bürger (Schütze, 1994: 133).

Bei offiziellen Treffen der europäischen Minister z. B. muss SCIC integrale Mehrsprachigkeit gewährleisten, das heißt, die komplette Übersetzung während der Sitzung. Der Ministerrat hat über 80 Sitzungen pro Jahr und über fünfzig verschiedene Arbeitsgruppen des SCIC sind für ein gutes Funktionieren der Sitzungen verantwortlich. Ein Tag der Arbeit im Rat erforderte vor der großen Erweiterungswelle 2004 die Anwesenheit von 16 Teams von Dolmetschern, was noch damals zu Folge hatte, dass die Anzahl der Dolmetscher oft die Anzahl der Delegierten überschritt (vgl. Forrest, 1998: 302).

Um große Geldsumme zu verringern, versuchte die Europäische Gemeinschaft seit den 1970er Jahren eine alternative Lösung für die Übersetzer zu finden. Unter diesen Lösungen sind vor allem die Softwaresysteme zur maschinellen Übersetzung zu verstehen, wie z. B. *Systran*, das seit 1968 existiert und seit 1976 als Hilfsmittel der EK zur Verfügung gestellt wurde¹⁴.

Am Ende der Aufzählung von Mitteln, die als Betreuung vom Übersetzungssystem der EU dienen, ist es notwendig, typische Probleme zusammenfassen, auf die die Übersetzer in ihrem Alltag stoßen. Wie Schütze (1994) in seinem Artikel analysiert, ist der Zeitmangel das Hauptproblem zahlreicher EU-Übersetzer. Eine Übersetzung ist in der Regel sehr kurzfristig durchgeführt, was vor allem bei längeren Texten zu folgenden Lösungen führt: umfangreiche Texte werden oft auf mehrere Übersetzer geteilt, wonach die übersetzten Teile auch weiterhin von mehreren Korrektoren überprüft werden. Das Ergebnis ist klar – eine auf solche Weise entstandene Übersetzung ist nicht kohärent und hat einen fraglichen stilistischen Wert. Auf der anderen Seite ist ein ernsthaftes Hindernis für eine stilistisch gute Übersetzung die schlechte Qualität der Originaltexte (wie Analysen oder Protokolle), die oft in kurzer Zeit und meistens von den Dolmetschern, die keine englischen Muttersprachler sind, in englischer Sprache formuliert werden.

Der größte Nachteil des Dolmetschersystems besteht in der Tatsache, dass das System keine lebendige und spontane Debatte stimuliert. Die Tatsache, dass die nonverbale Kommunikation wegen des unvermeidlichen zeitlichen Abstands im Dolmetscherprozess mit der verbalen Kommunikation nicht übereinstimmt, frustriert Delegierte und bietet ihnen keine Freude der

¹⁴ Im Jahr 2001 hat das System über 800.000 Seiten produziert, in 18 möglichen Sprachkombinationen.

realen Kommunikation (vgl. Roche, 1991: 142). Aufgrund dieser Folgen kann behauptet werden, dass das Übersetzungssystem eher informelle als formale Kontakte unterstützt.

Berchem (2003: 29) antwortet auf die Frage, wie viele Übersetzer für eine durchschnittliche Sitzung notwendig sind. Folgende mathematische Gleichung erlaubt die Anzahl der Sprachpaare leicht zu berechnen: $LP = n \times n - n$, wobei LP für Sprachpaare steht (*language pairs*), und n Zahl der Sprache und n für die Anzahl der Sprachen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Zahl von 24 Amtssprachen der EU, kommt man zu 552 Sprachpaaren. Im Falle einer Konferenz mit 24 Teilnehmern aus allen Mitgliedsstaaten, an der sich alle nur in ihrer Muttersprache beteiligen würden, wäre es notwendig, 552 Dolmetscher zur Verfügung zu stellen, um alle Möglichkeiten in der Übersetzung zu decken. Um dies zu vermeiden, verwenden Dolmetscher meistens Englisch als eine Brücke, vor allem bei „kleineren“ Sprachen (z. B. aus dem Slowenischen ins Finnische).

Stellt man die Frage, was in der Zukunft mit der komplizierten Übersetzungs- und Dolmetscherproblematik passiert, kommt es sehr oft zu Reaktionen wie Angst und Zweifel in Bezug auf die neuen Mitgliedstaaten und damit auf die neuen Amtssprachen. In den Werken über die europäische Sprachenpolitik, die vor 2004 veröffentlicht wurden, kommt eine Frage andauernd vor: Wie geht es weiter nach der großen Erweiterung 2004 und wird es die EU schaffen, neue Sprachen zu integrieren? Berchem vergleicht aktuelle mit künftigen Kosten, die die EU für das Dolmetschersystem ausgibt, und schaut in die Zukunft nicht sehr optimistisch.

„Irgendwann in der Zukunft werden wir diesen Dienst nicht mehr leisten oder vielleicht sogar mit der Arbeitsbelastung zurechtkommen können“¹⁵ (ibid, 28).

Berchem vergisst die Tatsache, dass die EU-Erweiterung kein unendlicher Prozess ist. Von (Aus) heutiger Sicht scheinen nur Westbalkanstaaten als künftige Mitglieder möglich, was die Zahl der Amtssprachen der EU nicht wesentlich vergrößern sollte. Der aktuelle Verhandlungsstand mit einst potenziellen künftigen Mitgliedern (die Türkei, die Ukraine) macht keine große Hoffnung auf ihre künftige Mitgliedschaft und dementsprechend (auf) keine weiteren Amtssprachen.

¹⁵ „At some point in the future we will no longer be able to afford this service or perhaps even cope with the workload.“

3. SCHLUSSBETRACHTUNG: WIE GEHT ES WEITER?

Als ein unvermeidbarer Bestandteil im Prozess der europäischen Integration beinhaltet die europäische Sprachenpolitik zahlreiche Aspekte. Die Gründungsväter der EU haben die Mehrsprachigkeit frei ausgewählt, anstatt dass sie ihnen auferlegt wurde. In den 50er Jahren, zur Zeit der Anfänge der EU-Integration, waren die Erinnerungen an Besatzung und Mangel an nationalen Identitäten noch sehr stark und die Freiheit galt als der Hauptwert. In diesem Sinne durfte am Anfang der europäischen Integration keine der Sprachen und Nationalitäten als dominierend zugelassen werden. Die erste Integrationsstufe war jedoch ökonomischer Natur, was zur politischen Integration langsam führen sollte. Die Frage über die Rolle einzelner Sprachen musste wegen ihrer Natur von Anfang an geklärt werden, weswegen über die implizite Sprachenpolitik seit den 50er Jahren die Rede sein kann. Als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gegründet wurde, gab es in der Welt bereits mehrere mehrsprachige internationale Organisationen. Unter vier Sprachen, die in sechs ersten Mitgliedsstaaten (Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Beneluxstaaten) offiziell waren, war Französisch die meist verbreitete und dominante Sprache und in der Gemeinschaft herrschte eine Art Angst vor französischer Herrschaft (vgl. Roche, 1991: 141).

Aus diesem Grund wurde die Sprachfrage schon während der Verhandlungen über die Grundlage der EGKS gestellt. Obwohl es in dem Vertragsentwurf im März 1951 einen Artikel über die Sprache gab, als es während der Ministerkonferenz im April 1951 zur Unterzeichnung kam, konnten die Vertreter einzelner Regierungen keine gemeinsame Lösung finden. Da es unmöglich war, eine Einigung zwischen den italienischen und deutschen Delegierten zu erreichen, beschlossen die Teilnehmer, einen Juristenausschuss zu gründen und ihm diese Angelegenheit anzuvertrauen (Zelazny, 2002: 82-83). Der Juristenausschuss nahm die Gleichheit der vier Sprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch, Niederländisch) als Grundlage für alle künftigen Sprachregelungen, auch nach eventueller Erweiterungen der EGKS. Dieser Vorschlag wurde von den Delegierten einstimmig akzeptiert.

Im Juni 1952 haben die Außenminister der sechs Staaten ein offiziell veröffentlichtes Protokoll angenommen, in dem vereinbart wurde, dass Französisch, Deutsch, Italienisch und Niederländisch Amtssprachen und Arbeitssprachen der Gemeinschaft waren (einen guten Überblick über die Verhandlungen bringt Pfeil, 1996).

Anders als bei der ersten Ausgabe des Amtsblatts der EGKS (*Official Journal of the European Coal and Steel Community*), die nur auf Französisch

publiziert wurde, erschien folgende in vier Ausgaben, von denen jede einer der Amtssprachen der Gemeinschaft entsprach. Die damit festgestellte Sprachregelung wurde zum Vorläufer der künftigen europäischen Gemeinde und die Mehrsprachigkeit wurde später in die europäische Erbauung auferlegt. Alle zukünftigen Entscheidungen im Bereich Sprachregelung sind das Ergebnis dieser ersten Entscheidung. In den Römischen Verträgen im Jahre 1957 wurde die sprachliche Vielfalt bestätigt: Der Vertrag von EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und der Euratom-Vertrag sind in vier Amtssprachen der Mitgliedstaaten zusammengestellt worden, wobei jede Fassung gleichermaßen verbindlich ist. Dieses Prinzip wurde später von Einheitlichen Europäischen Akten, Maastricht-Vertrag und Lissabon-Vertrag bestätigt.

Die erste Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1973 erhöhte die Liste der offiziellen Sprachen um zwei weitere Sprachen: Englisch und Dänisch. Das gleiche Verfahren geschah mit den künftigen Erweiterungen: Die Einbeziehung neuer Amtssprachen wurde durch das Verfahren für Englisch und Dänisch durchgeführt. Die erste heikle sprachpolitische Frage kam gleich mit dem irischen Beitritt bei der ersten Erweiterung. Da Irland zwei Amtssprachen, Irisch und Englisch hat, hat die Europäische Kommission erwartet, dieses Problem zu vereinfachen, indem nur Englisch als Amtssprache eingeführt gewesen wäre. Natürlich wollte die damalige Regierung Irlands eine seiner Amtssprachen nicht aufgeben, was zu einem Kompromiss geführt hat, laut dem die irische Sprache weder als offizielle Sprache noch als Arbeitssprache verkündet war, wurde aber dennoch als eine der „Vertragssprachen“ betrachtet d. h. nur einige legislative Dokumente wurden ins Irische übersetzt (Rowe, 2002: 7). Im Januar 2007 ist das Irische doch zu einer der 24 Amtssprachen der EU geworden und genießt alle zugelassenen Vorteile.

In der Arbeit wurde gezeigt, dass die Mehrsprachigkeit soweit die einzige *language politics* der Europäischen Union war. Trotz hoher Kosten für Übersetzen und Dolmetschen und des Mangels an unmittelbarer Kommunikation, war die Durchführung von Mehrsprachigkeit soweit der einzige Weg, einzelne Identitäten zu unterstützen, Demokratie unter den Bürgern zu fördern und ihnen zu verstehen ermöglichen, was in der Union geschieht.

Entscheidet die EU in der Zukunft, die Mehrsprachigkeit nicht mehr zu unterstützen bzw. sich für eine Amtssprache zu entscheiden, wäre die Union durch sprachliche und kulturelle Vielfalt nicht mehr gekennzeichnet. Loos (2000: 45) behauptet, dass der EU-Zerfall im Falle der einsprachigen EU

wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit wäre, da die Staatsbürger nicht mehr in der Lage wären, sich mit einer solchen EU zu identifizieren.

Jede mehrsprachige Gesellschaft braucht eine *lingua franca*, die gemeinsame Sprache, die die Muttersprache nur eines Bevölkerungsteils ist, aber unter verschiedenen Einflüssen zur Kontakt- und Kommunikationssprache zwischen den verschiedenen Gemeinschaften wurde. Es ist klar, dass heutzutage *lingua franca* Englisch ist, und zwar in erster Linie wegen des amerikanischen Einflusses nach dem Zweiten Weltkrieg. Jedoch, da die Sprache ein lebender und entwicklungsfreudiger Organismus ist, entwickelt sich *lingua franca* wegen ihrer zahlreichen Einflüsse noch schneller, und in der Art und Weise, dass die Sprache, die ursprünglich ein Symbol der Macht und des Staates war, durch zahlreiche Änderungen als „verschmutzt“ wahrgenommen wird. Bliesener (2003: 88) erinnert an Worte von Prinz Charles, der in der selbstbewussten Art und Weise eines Muttersprachlers behauptet, britisches Englisch sei das einzige wahre Englisch und somit das beste Englisch. Offensichtlich teilt Prinz Charles nicht die Meinung von Bliesener, der behauptet, dass das britische Englisch heutzutage als eine von einer Minderheit englischsprechender Muttersprachler gesprochene regionale Variante des globalen Englischen betrachtet wird.

(Globales) Englisch wird in der Zukunft, auch in einer EU ohne Großbritannien, eine *lingua franca* für mindestens ein oder zwei Jahrhunderte bleiben (ibid: 90). Aber Theodor Berchem (2003: 30) nennt mehrere Gründe, die gegen Englisch als Weltsprache sprechen: Aus der sprachlichen Sicht zeigt Englisch Mängel in verschiedenen grammatischen Kategorien: Englisch ist von einer schwachen Nominalflexion (außer Pluralendungen) und unerheblichen Verbalflexion gekennzeichnet, was auf die Schüler beim Erlernen einer weiteren Fremdsprache demotivierend wirken kann.

Weder Deutsch noch Französisch haben eine große Chance, die europäische *lingua franca* zu werden. Obwohl Deutsch die am stärksten vertretene Muttersprache unter den Bürgern der Europäischen Union ist, kann Deutsch teilweise als eine mitteleuropäische Kommunikationssprache betrachtet werden (vgl. Ammon, 2002: 29). Das Ende der historischen Rolle der französischen Sprache kann auf symbolischer Ebene bestimmt werden: Die angelsächsischen Alliierten haben darauf bestanden, den Text des Friedensvertrages in Versailles 1919 nicht nur in französischer sondern auch in englischer Sprache zu verfassen (vgl. Stark, 2002: 39).

Wenn wir eine *lingua franca* brauchen, was in der Tat der Fall ist, wird es wohl Englisch bleiben, auch nach der Durchführung von Brexit, und eher eine Version des vereinfachten Englischen. Auf der anderen Seite liegt die

europäische Zukunft, auch nach dem Brexit, in der Sprachenvielfalt, die von der Europäischen Union verschiedenartig unterstützt wird.

LITERATUR

- Ahrens, R. (2003) Vorwort. In Ahrens, R. (Hg.) *Europäische Sprachenpolitik. European Language Policy*. Berlin/New York: de Gruyter, 9-11.
- Ammon, U. (2002) Die Stellung der deutschen Sprache in Europa und Modelle der Mehrsprachigkeit. In Kelz, H. P. (Hg.) *Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik*. Berlin/New York: de Gruyter, 19-36.
- Berchem, T. (2003) "If only we had the words, we would not need weapons": Deliberations on a European Language Policy. In Ahrens, R. (Hg.) *Europäische Sprachenpolitik. European Language Policy*. Berlin/New York: de Gruyter, 23-31.
- Bliesener, U. (2003) European Language Policy – Frustration and Hope. A Personal View of the State of Affairs. In Ahrens, R. (Hg.) *Europäische Sprachenpolitik. European Language Policy*. Berlin/New York: de Gruyter, 75-97.
- Boutros-Ghali, B. (2002) Allocution dans le cadre du colloque. Le français, langue du monde. *Actes du colloque de Bruxelles, les 19 et 20 mars 2002, Paris*. 21-26.
- Burkhardt, A. (2001) "weitschweifig" – „wälderhaft“ – „antimusikalisch“... Die schreckliche deutsche Sprache im Spiegel literarischer (Vor-)urteile. In Hoberg, R (Hg.) *Deutsch – Englisch – Europäisch. Impulse für eine neue Sprachpolitik*. Mannheim: Dudenverlag, 87-104.
- Coulmas, F. (1991) European integration and the idea of the national language. In Coulmas, F. (Hg.) *A Language Policy for the European Community; Prospects and Quandaries*, Berlin/New York: de Gruyter 1-44.
- Fenet, A. (2001) Diversité linguistique et construction européenne. *Revue trimestrielle de droit européen* 37 (2), 235-269.
- Forrest, A. (1998) The Politics of Language in the European Union. *European Review* 6 (3), 299-319.
- Haarmann, H. (1991) Language politics and the new European identity. In Columas, F. (Hg.) *A Language Policy for the European Community; Prospects and Quandaries*. Berlin/New York: de Gruyter, 103-120.
- Hrbek, R. (2008): Europäische Union (EU). In Woyke, W. (Hg.) *Handwörterbuch. Internationale Politik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 118-144.
- Koch, H. (1991) Legal aspects of a language policy for the European Communities: Language risks, equal opportunities, and legislating a language. In Columas, F. (Hg.) *A Language Policy for the European Community; Prospects and Quandaries*. Berlin/New York: de Gruyter, 147-161.
- Loos, E. (2000) Language Choice, Linguistic Capital and Symbolic Domination in the European Union. *Language Problems and Language Planning* 24 (1), 37-53.
- Lüdi, G. (2007) Braucht Europa eine Lingua franca? In Fischer, R. (Hg.) *Herausforderungen der Sprachenvielfalt in der Europäischen Union (Beiträge und Diskussionen vom Symposium am 20./21. April 2006 an der Universität Regensburg)*. Regensburg: Universität Regensburg, 128 – 148.
- Manz, V. (2002) *Sprachenvielfalt und europäische Integration: Sprachenrecht im Spannungsfeld von Wirtschaft, Politik und Kultur*. Zürich/Basel/Genf: Schulthess Juristische Medien AG.
- Pfeil, W. (1996) Der Aspekt der Mehrsprachigkeit in der Union und sein Einfluß auf die Rechtsfortbildung des Europäischen Gemeinschaftsrechts. *Zeitschrift für Rechtsvergleichung* 37 (1), 11-20.
- Roche, N. (1991) Multilingualism in European Community meetings – a pragmatic approach. In Columas, F. (Hg.) *A Language Policy for the European Community; Prospects and Quandaries*. Berlin/New York: de Gruyter, 139-146.

- Rowe, R. (2002) The Use of Languages by the EU Institutions. *Terminologie et Traduction* 2, 5-10.
- Schütze, W. (1994) Gehen die kleinen Sprachen in sich vereinigen Europa unter?
 Mehrsprachigkeitspraxis und Verständigungsprobleme in EG-Institutionen. In Spillner, B. (Hg.) *Nachbarsprachen in Europa. Kongressbeiträge zur 23. Jahrestagung der Gesellschaft für angewandte Linguistik GAL e.V.* Frankfurt am Main: Peter Lang, 127-135.
- Seebauer, R. (2007) Allgemeine Vorbemerkungen zum Begriff der 'Identität'. In Seebauer, R. (Hg.) *Europa – Nachdenken und Vordenken. Regionale, nationale und europäische Identitäten. Persönlichkeiten im europäischen Bildungswesen.* Berlin: LIT, 7-12.
- Stark, F. (2002) Sprache als Instrument in der Außenpolitik. Die Praxis in der Bundesrepublik Deutschland. In Kelz, H. P. (Hg.) *Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik.* Berlin/New York: de Gruyter, 37-62.
- van Els, T. (2003) Language policy of and for the European Union: Consequences for Foreign Language Teaching in the Member States. In Ahrens, R. (Hg.) *Europäische Sprachenpolitik. European Language Policy.* Berlin/New York: de Gruyter, 45-55.
- Vlaeminck, S. (2003) A European Strategy for Linguistic Diversity and Language Learning. In Ahrens, R. (Hg.) *Europäische Sprachenpolitik. European Language Policy.* Berlin/New York: de Gruyter, 33-41.
- Wilss, W. (2002) Einsprachigkeit. Zweisprachigkeit. Vielsprachigkeit. Perspektiven der internationalen Kommunikation am Beginn des 21. Jahrhunderts. In Kelz, H. P. (Hg.) *Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik.* Berlin/New York: de Gruyter, 159-170.
- Witt, J. (2001) *Wohin steuern die Sprachen Europas? Probleme der EU-Sprachenpolitik.* Tübingen: Stauffenburg Verlag.
- Wu, H. (2005) *Das Sprachenregime der Institutionen der Europäischen Union zwischen Grundsatz und Effizienz: Eine neue Sichtweise in der institutionellen Sprachenfrage Europas.* Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Zelazny, W. (2002) Mythes et réalités du savoir linguistique des Européens. *L'Europe en formation* 2, 77-94.

Quellen aus dem Internet:

- <http://www.europaecher-referenzrahmen.de/> (1.10.2016).
- <http://www.imf.org/external/index.htm> (1.10.2016).
- <http://www.osce.org/> (1.10.2016).
- http://www.au.int/en/about/constitutive_act (1.10.2016).
- http://www.nato.int/cps/en/natohq/nato_countries.htm (1.10.2016).
- http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Foreign_language_learning_statistics (1.10.2016).
- <http://one-europe.net/translation-in-the-european-union-facts-and-figures> (1.10.2016).
- http://iate.europa.eu/SearchByQueryLoad.do;jsessionid=5v2qU3INM6PkNbJO2cygirkNbU8sgipBVUU_s-RTL0YVtGm0q1U0!565122378?method=load (1.10.2016).
- <http://eur-lex.europa.eu/homepage.html> (1.10.2016).

JEZIČNA POLITIKA EUROPSKE UNIJE I BREXIT

Cilj rada je istražiti eventualne posljedice koje će odluka britanskog stanovništva o izlasku Ujedinjene Kraljevine Velike Britanije i Sjeverne Irske iz Europske unije imati na jezičnu politiku EU-a, posebno imajući u vidu ključnu ulogu engleskog jezika u formalnoj i neformalnoj komunikaciji u europskim institucijama. U radu se analiziraju europska jezična politika i njezini temeljni aspekti (identitet, demokratičnost, jasnoća, financijske posljedice) s posebnim naglaskom na pitanje kako bi navedeni aspekti oblikovali jezičnu politiku EU-a nakon provedbe Brexita. U radu se donosi pregled ključnih razvojnih točaka jezične politike EU-a od početaka europske integracije, u prvom redu imajući u vidu stanje prije 1973., tj. prije britanskog pristupanja tadašnjoj Europskoj ekonomskoj zajednici.

Ključne riječi: jezična politika, višejezičnost, Europska unija, Brexit

LANGUAGE POLICY OF THE EUROPEAN UNION AND BREXIT

The aim of the paper is to explore the possible consequences and implications of British citizens' decision regarding Brexit on the language policy of the EU, in particular concerning the crucial role of the English language in formal and informal communication within European institutions. The paper analyses European language policy and its fundamental aspects (identity, democracy, clarity, financial consequences) with a particular emphasis on how these aspects could shape the language policy of the EU after the implementation of Brexit. The paper presents an overview of the key development points of language policy since the beginnings of European integration, primarily considering the situation before 1973, i.e. prior to the British accession to the European Economic Community.

Keywords: language policy, multilingualism, European Union, Brexit